

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 20.10.2009

Aufarbeitung der DDR-Geschichte an niedersächsischen Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands wären ohne die mutigen Menschen, die in der DDR über Jahre und Jahrzehnte für Freiheit, Bürgerrechte und Demokratie gekämpft haben, nicht möglich gewesen.

Die zunehmende Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem politischen System der DDR und der Wunsch nach Freiheit, Demokratie, sozialer Marktwirtschaft und einer rechtsstaatlichen Ordnung endeten vor zwanzig Jahren in einer friedlichen Revolution, die das Unrechtsregime zu Fall brachte. Dieses Ereignis ist nicht nur beispiellos in der Geschichte Deutschlands, sondern bedeutete auch die erfolgreiche Umsetzung von Freiheit, Recht und Einigkeit.

Die Menschen im Westen Deutschlands hatten die Möglichkeit, Demokratie und freiheitliches Bewusstsein zu erleben und zu erlernen. Das garantierte das vor 60 Jahren in Kraft getretene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Die westdeutsche Gesellschaft hatte somit die Möglichkeit, im Laufe der Jahrzehnte ihr Bewusstsein und ihre Ansichten über Freiheit und Demokratie zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. Daher ist es wichtig, dass sich Kinder und Jugendliche dieser Werte bewusst werden und sensibilisiert werden für Verletzungen dieser Rechte und Werte. Neben der Aufarbeitung und Behandlung des Nationalsozialismus ist es deshalb auch von Bedeutung, dass den Schülerinnen und Schülern das Wissen über das Unrechtssystem der DDR näher gebracht wird.

Eine Untersuchung der Freien Universität Berlin hat ergeben, dass vielen deutschen Jugendlichen das elementare Wissen über die Zeit zwischen 1949 und 1989 fehlt, speziell was das Unrechtssystem der DDR betrifft. Mit fortschreitender Zeit wird die Zahl derjenigen, die aus eigenem Miterleben und eigenen Erinnerungen berichten und reflektieren, kleiner. Die Möglichkeit für innerfamiliäre, authentische Geschichtsbewältigung wird seltener.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

- bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Lehrpläne für die infrage kommenden Fächer (Geschichte, Wirtschaft/Politik, Gemeinschaftskunde, Deutsch, musische Fächer u. a.) darauf zu achten, dass die Strukturierung der Lehrpläne genügend Zeit dafür berücksichtigt, um die Ursachen und Folgen der deutschen Teilung, das politische, wirtschaftliche und soziale System der DDR, das Leben in der DDR, die Oppositionsbewegung und den Widerstand von großen Teilen der Bevölkerung in der DDR und in Osteuropa sowie die Überwindung der Teilung vertieft und auch fächerübergreifend zu behandeln,
- bei einer Weiterentwicklung der betreffenden Lehrpläne dafür Sorge zu tragen, dass im Unterricht neben den chronologischen Abläufen auch künftig eine historische Verdichtung z. B. durch die Herstellung von Gegenwartsbezügen, durch die Beleuchtung des regionalen und lokalen Kontextes und durch exemplarisches Lernen unter Einbeziehung aktueller und historischer Medien möglich und notwendig bleibt,

- Schulen beim Aufbau von Kontakten zu Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerrechtsbewegung und den Verfolgten des DDR-Regimes sowie zu Zeitzeuginnen und -zeugen zu unterstützen, die über das Alltagsleben in der DDR berichten und so einen Einblick in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der DDR geben können,
- Schulen zu empfehlen, die Geschichte der DDR zum Gegenstand von über den Fachunterricht hinausgehenden schulischen Aktivitäten zu machen, insbesondere durch Klassenfahrten zu Gedenkstätten in den neuen Bundesländern bzw. an die ehemalige innerdeutsche Grenze. Dieses kann gemeinsam mit Schulklassen aus den jeweiligen ostdeutschen Partnerstädten stattfinden, um niedersächsischen sowie ostdeutschen Schülerinnen und Schülern die DDR als Bestandteil der gesamtdeutschen Geschichte nahe zu bringen.

Begründung

Die jahrzehntelange Teilung mahnt uns alle, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu schützen und uns gegen Diktatur, jede Form von Extremismus und Gewalt zu wenden.

Die Grundwerte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen auch im Schulunterricht vermittelt werden. Deshalb muss auch dem bedenklichen Trend zur Verklärung des DDR-Unrechtsregimes entgegengetreten werden. Die Schicksale der Mauertoten und der politisch verfolgten DDR-Bürger dürfen weder relativiert werden noch in Vergessenheit geraten.

Niedersachsen war von der deutsch-deutschen Teilung in besonderem Maße betroffen. Niedersachsen hatte die längste Grenze zur DDR. Die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrechtsstaat kann vor allem einen Beitrag dahin gehend leisten, mögliche Gefährdungen der Demokratie zu erkennen und Freiheit wertzuschätzen.

Es ist Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, den Schülerinnen und Schülern die Geschichte und Funktionsweise des SED-Staates nach aktuellem wissenschaftlichem und didaktischem Kenntnisstand nahe zu bringen. Die Schulen - und damit auch die Lehrerinnen und Lehrer - müssen die Aufgabe wahrnehmen, jungen Menschen ein ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein und umfassende Geschichtskennntnisse zu vermitteln.

Für die Fraktion der CDU

David McAllister
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion FDP

Jörg Bode
Fraktionsvorsitzender